

A N F R A G E N an den Bürgermeister

1) Einhaltung des Sonn- und Feiertagsbetriebszeitengesetzes

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** stellt folgende Anfrage:

Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auf Grund massiver Klagen aus Kreisen des Lebensmittelhandels wegen Nichteinhaltung des Sonn- und Feiertagsbetriebszeitengesetzes - insbesondere türkischstämmiger Lebensmittelhändler - wurden schon einige Beschwerden beim Magistrat Graz vorgebracht, die offensichtlich auf ein Defizit im Vollzug des genannten Gesetzes hindeuten.

Anlässlich einer von Organen der Wirtschaftskammer zum wiederholten Male am Sonntag durchgeführten Kontrolle, diesmal am 24.10.04, wurden 13 Betriebe untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass nur drei Betriebe tatsächlich geschlossen waren und zehn weitere Betriebe Lebensmittelhandel ausgeübt haben, ohne dazu berechtigt zu sein.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle Betriebe, welche über die Gewerbeberechtigung „Verabreichung von gegrillten Würstchen, gekochtem usw. und gegrilltem Fleisch“ verfügen, diese wahrscheinlich nur deshalb angemeldet haben, um die Bestimmungen des Sonn- und Feiertagsbetriebszeitengesetzes zu umgehen und ausschließlich Lebensmittelhandel auszuüben. An einigen Standorten fehlten sogar die Verabreichungsplätze für solche Speisen völlig!

Seitens des Lebensmittelhandels wurde auch vorgebracht, dass oben genanntes Gesetz an Händlern österreichischer Abstammung wesentlich rigorosere vollzogen wird als an den anderen vorhin genannten.

Daher stelle ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e,

ob du bereit bist, die zuständigen Ämter anzuweisen, diesen Missstand, beispielsweise durch weitere laufende Kontrollen, raschestmöglich abzustellen sowie darüber dem Gemeinderat zu berichten (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Bauliche Mängel der Schloßbergmauer

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage betrifft bauliche Mängel der Schloßbergmauer. An mich ist die Klage herangetragen worden, dass bei der Schloßbergmauer rund um den Hackhersch Löwen bauliche Mängel vorliegen. Mehrmals sind bereits lose Steine auf den darunterliegenden Fußweg gefallen, die als Gefährdung für die FußgängerInnen zu sehen sind.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, diese Sachverhalt überprüfen zu lassen und notwendige Schritte zu setzen, um das Problem zu beheben?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, vielen Dank. Sie wissen, seit Jahren war der Schloßberg ein ganz, ganz wichtiges Thema für mich. Wir haben jetzt gerade Budgetverhandlungen und wir versuchen auch gerade ein bisschen ein Budget für

den Schloßberg möglich zu machen, damit die Wege und die Mauern möglichst gut saniert sind und wir schauen uns das selbstverständlich genau an, was Sie uns da geschildert haben.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Erhaltung aller Badeanstalten der Stadt Graz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Schließung der Badeanstalten der Stadt Graz an den Standorten Gabelsberger- und Gaswerkstraße trifft fast ausschließlich Grazerinnen und Grazer mit geringem Einkommen. Das Tröpferlbad ist für hunderte ältere und wenig mobile Menschen, viele sind mit Krücken unterwegs, wir haben auch den Fall von multipler Sklerose. Das Tröpferlbad ist für viele von ihnen eine soziale Dienstleistung, ein Treffpunkt und ein Kommunikationszentrum.

Die Tatsache, dass sich ein Komitee gegen die Schließung des Tröpferlbades gebildet hat, zeigt, dass es dafür einen gesellschaftlichen Bedarf gibt. Dieses ohnehin geringe Angebot darf nicht noch weiter reduziert werden.

Der Versuch, die Finanzprobleme der Stadt Graz zu lösen, darf nicht auf Kosten der sozial Schwachen in unserer Stadt erfolgen.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ an Sie, Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, von der in der Aufgabenkritik vorgeschlagenen Schließung der Tröpferlbäder an den Standorten Gabelsberger- und Gaswerkstraße abzusehen und

alle drei Standorte zu erhalten? Noch einmal zur Erinnerung, hier werden gewachsene Strukturen gemeinschaftlicher Natur aufgelöst, wir finden hier häufig soziale Bedürftigkeit, wir finden hier in verstärktem Maße Menschen, die wenig mobil sind, die sich selbständig schwerst nur fortbewegen können, sie erleben durch diese Schließungen einen gewaltigen Verlaust an Lebensqualität und das für wenige Euro Ersparnis für die Stadt Graz (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Erlauben Sie mir da vielleicht gleich eine unmittelbare Antwort. Selbstverständlich weiß ich von den Problemen, die Sie hier geschildert haben, unter anderem auch deswegen, weil eine Abordnung der von der Schließung bedrohten Bäder sowohl mich als auch unseren Finanzreferenten in der vergangenen Woche aufgesucht haben. Auch ich habe klar zum Ausdruck gebracht, dass wir in der Stadt Graz gegenüber jener Zeit, als diese Tröpferlbäder noch wirklich eine ganz, ganz wichtige und notwendige Einrichtung waren, jetzt vorhaben, das eine oder andere offen zu lassen, aber dafür auch das eine oder andere zu schließen. Da muss man sehr aufpassen, weil es um die Mobilität noch mancher älterer Menschen geht, die davon betroffen sind. Bei mir war auch eine Frau, die gesagt hat, schauen Sie, ich finde das alles toll, was ihr macht, auch wenn ihr Duschen etc. in die Wohnungen einbaut, nur in meiner Wohnung ist es halt leider nicht möglich, weil dazu bräuchte man meine Speis, weil ich lebe nur auf 25 m². All diese Ansuchen, all diese Bitten und Begehren sind gleich wie bei den Schulbereichen an mich herangetragen worden und ich kann Sie versichern, wir werden gemeinsam jene beiden Fraktionen, die einmal in Aussicht gestellt haben, dass diese drei Bereiche verändert werden sollen, dass wir das noch einmal ernsthaft in Diskussion nehmen werden, so sind wir auch mit diesen Personenkreis verblieben. Das ist einmal eine unmittelbar betroffene kleine Gruppe von Menschen. Drüber hinaus, und da bin ich auch bei Ihnen, ist es so was wie ein soziales Zentrum, aber die Frage ist dann immer, wenn du sparen musst, wo fangst du an und ist das Saunagehen dann so wichtig oder stellst du es unter Umständen zurück. Diese Frage müssen wir noch ausdiskutieren, ich wollte Ihnen da nur einmal eine Antwort geben, damit Sie wissen, wir sind da genauso schlecht beim Schlafen im Moment wie bei Schulschließungen. Dazu werden wir dann heute auch noch kommen und da werde ich auch Antworten

geben, das ist uns nicht gleichgültig, was da passiert, aber wir gehen immer davon aus, dass jene Einrichtungen, die wir offen halten wollen, dann auch so ausgestattet sind und so betreut werden, dass wir für die Ärmsten der Armen immer noch ein Angebot in der Stadt haben. Was wir da speziell mit jenen Personen machen, da sind einige betroffen, die nicht mehr so mobil sind, müssen wir uns noch überlegen, da werden wir uns auch gemeinsam anschauen (*Applaus ÖVP*).

4) Informationen zum Finanzausgleich

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

I

GRin. **Rücker**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Finanzausgleichsverhandlungen sind seit einer Woche, ungefähr, also seit 25.10. abgeschlossen. Sie waren als einer von zwei Vertretern des Städtebundes in diese schwierigen Verhandlungen unmittelbar eingebunden und damit beauftragt, die Forderungen des Österreichischen Städtebundes und damit der österreichischen Städte und damit auch von Graz zu vertreten. Nun konnten Interessierte den Verlauf der Verhandlungen mehr oder weniger gut über die Medien mitverfolgen. Die Bedeutung der Verhandlungen für Graz und ihre besondere Rolle hätten es jedoch auch nahegelegt, den Gemeinderat bereits von Beginn an und in weiterer Folge laufend über die Forderungen und den Verlauf der Verhandlungen für die Städte zu informieren, weil es ist ja auch eine Tatsache, dass unser Budget nicht alleine aus eigener Kraft zu sanieren sein wird, sondern dass ganz viel davon abhängt, wie die neue Verteilungslage im Lande aussieht.

Nun sind die Verhandlungen zum Abschluss gekommen und wir gehen davon aus, dass die Ergebnisse für Graz von großer Bedeutung sind. Der Gemeinderat und die BürgerInnen der Stadt sind daran interessiert zu erfahren, inwieweit die Positionen des Städtebundes in positivem Sinne durchzusetzen waren beziehungsweise welche negativen Konsequenzen durch den Finanzausgleich 2005 bis 2008 insbesondere für die Stadt Graz zu erwarten sein werden.

Ich möchte noch drei Forderungen einmal aufführen, die vom Städtebund entwickelt wurden und dort eingebracht wurden, die ich auch aus Grazer Sicht für sehr wesentlich halte: Das Erste war die Kompensation der Anteilsverluste in der Höhe von 450 Millionen Euro, die Städte haben zuletzt 800 Millionen Euro verloren und die Forderung war, eben 450 Millionen davon wieder ausgeglichen zu bekommen. Dann war eine Forderung, einen einheitlicher Steueranteil an allen gemeinschaftlichen Steuern zu erhalten, das wird ja sehr unterschiedlich gehandhabt, sehr bundlastig, und die dritte Forderung war eine gesonderte Dotierung städtischer Aufgaben, also die Aufgabenorientierung zu verstärken, um die spezifischen Kosten besser abgegolten zu bekommen, im Besonderen bezogen auf den öffentlichen Nahverkehr, die zentralörtlichen Aufgaben und die Bezirksverwaltungstätigkeiten als Statutarstädte.

Aus den genannten Gründen, weil das einfach so interessant für uns in Graz ist und Sie ja zum Glück einer der Vertreter waren, die dort vertreten waren und damit nahe am Geschehen, richte ich jetzt folgende

A n f r a g e

an Sie:

Können Sie, nachdem Sie als Grazer Bürgermeister an den Verhandlungen direkt beteiligt waren, dem Bedürfnis nach öffentlicher Information nachkommen und dem Gemeinderat einen Bericht über die zu erwartenden Auswirkungen des neuen Finanzausgleiches geben?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Frau Gemeinderätin. Auch da werde ich nebst einer sehr ausführlichen Information, die Sie von mir noch bekommen werden, jetzt gleich ein paar Sätze dazu sagen. Das Erste ist, bei diesen Finanzausgleichsverhandlungen gibt es oder gab es insgesamt nur wenige echte Chefverhandler, wenn ich so sagen darf, es waren eingeladen zwei Vertreter des Gemeindebundes, das war der Präsident und sein Vizepräsident, von Seiten des Städtebundes wurde

Bürgermeister Heinz Schaden aus Salzburg und ich ins Rennen geschickt, von Seiten der Länder haben an dieser Verhandlung teilgenommen der Landeshauptmann von Vorarlberg, der Landeshauptmann von Oberösterreich und der Herr Vizebürgermeister und Finanzlandesrat Sepp Rieder, er vereinigt ja viele Funktionen in sich. Er war insgesamt von Seiten der Länder und Gemeinden der Verhandlungsführer. Auf Bundesseite sind uns in den ersten Sitzungen gegenüber gesessen der Herr Finanzminister und der Herr Staatssekretär Finz, im Laufe der Sitzungen ist dann der Klubobmann Willi Molterer auch am Tisch gesessen. Die Ausgangsbasis haben Sie geschildert, das waren die wesentlichsten Forderungen des Städtebundes, nämlich die Kompensation der 450 Millionen Euro, die wir in den letzten Jahren verloren haben, einen einheitlichen Steuerschlüssel für alle gemeinschaftlichen Abgaben und Steuern, weil wir in den letzten Jahren erleben mussten, dass einige Steuern, an denen wir nicht beteiligt waren, gestiegen sind und jene, an denen wir beteiligt waren, nach unten gegangen sind und gesonderte Dotierungen für den öffentlichen Nahverkehr, für unsere zentralörtlichen Aufgaben, eine Abgeltung für unsere Bezirksverwaltungstätigkeit und vieles mehr. Um es jetzt einmal kurz zu machen, die Verhandlungen, es waren insgesamt elf Sitzungen, bei zehn Sitzungen hat sich eigentlich nichts gerührt oder wenig gerührt, ich bin heute sehr dankbar dem Sepp Rieder, aber auch allen anderen Vertretern aus Gemeindebund und von den Ländern, dass Sie dem Angebot, das der Herr Finanzminister den Kleinstgemeinden gemacht haben, nicht nachgekommen sind und diese Front, diese gemeinsame Front Städtebund, Gemeindebund und Länder gehalten haben. Wenn das aufgeplatzt wäre wie beim letzten Mal, hätte es wahrscheinlich eine eklatante weitere Verschlechterung für die österreichischen Städte gegeben und zwar vor allem für jene Städte über 10.000 Einwohner. Das hat so nicht funktioniert, da bin ich froh drüber. Auf der anderen Seite hat der Herr Finanzminister in der neunten Sitzung eben bekannt gegeben, er würde gerne einen Haufen Geld den Städten wegnehmen und den kleinen Gemeinden geben, es gibt dann eh nur 220 Verlierer und es gibt 2.200 Gewinner. Ich habe auch niemals den Versuch unternommen, als Verhandler dem Gemeindebund in den Rücken zu fallen, weil es ist auch richtig, dass ein Großteil der Kleinstgemeinden ähnliche Probleme haben wie wir, dass es aber auch darunter, und das Gesamtsystem, das wir in Österreich jetzt haben, ist keine faire Verteilung der Mittel, es wurde jedes Jahr oder alle paar Jahre wieder nur etwas dazuverhandelt, aber es kam nie zum Aufschnüren

des Gesamtpakets, das ich immer versucht habe auch anzuschneiden, allerdings war das, ich sage das gleich wie es ist, nicht erreichbar, weder von Landesseite noch von Bundesseite, auch manche Städte selbst im Städtebund wollen es nicht, weil sie jetzt gegenüber einigen Städten bevorzugt sind, dieses System ändern. Und es ist ein demokratischer Prozess, in dem auch ich sehr genau zu unterscheiden habe, wo vertrete ich die Stadt Graz und wer hat mich letzten Endes auch entsandt und im Namen aller Städte hier einen Finanzausgleich zu verhandeln. Das ist eine Geschichte, die sie durchaus auch mit großer Last immer wieder nach Wien fahren, weil aus der Sicht der Stadt Graz wünscht man sich sehnlichst die Aufhebung dieses gesamten Finanzausgleichs, damit es einmal wieder zu einer faireren Behandlung kommt, ich sage nur Ost-West-Gefälle, ich sage nur alte Regelungen, die pro Einwohner der Stadt Salzburg mehr bringen als Graz und vieles mehr. Der Herr Finanzminister hat dann diesen Vorschlag gemacht, es haben Gott sei Dank alle abgelehnt, wahrscheinlich auch deswegen, weil bei diesem Vorschlag selbst Kleinstgemeinden die Draufzahler gewesen wären und im Gemeindebund ebenso zwei Flügel quasi entstanden sind. In dieser elften Sitzung hat der Finanzminister dann erstmals die Finanzmasse bewegt, das war die wesentlichste Forderung, Sie werden dann von mir auch den Entwurf, den ich seit zwei Tagen selbst erst auf den Tisch bekommen habe, der Entwurf des Finanzausgleichs des heurigen Jahres ist ausgeschickt worden, ich habe dem Herrn Kicker, dem Herrn Finanzdirektor eine Kopie schon gegeben, um noch einmal zu überprüfen, ob irgendwo noch etwas im Detail steckt, es ist ein ziemlich umfangreiches Werk, das ich auch Ihnen gerne zur Verfügung stelle, damit Sie sehen, was hier passiert ist. Etwas ist gelungen. Der einheitliche Steueranteil an allen gemeinschaftlichen Steuern, das ist beschlossen worden, das ist ein Erfolg, was die Kompensation der Anteilsverluste von 450 Millionen Euro anbelangt, das waren gemeinsame Forderungen des Städte- und Gemeindebundes. Jeder in etwa hat 225 Millionen Euro verloren. Die Gemeinden, die Kleinstgemeinden bekommen ihren Ausgleich, und zwar bis 10.000 Einwohner, ungefähr in der Höhe von 189 Millionen Euro, die Städte hätten diesen Betrag verlieren sollen, das heißt, zu unseren 225 Millionen, die wir gefordert haben, kamen wir plötzlich konfrontiert mit dieser Forderung auf ein insgesamtes Minus von fast dem Doppelten. Und da haben wir uns dann ordentliche quergelegt, die Verhandlung hat über 14 Stunden gedauert, der Finanzminister hat dann gesagt, er wird uns 100 Millionen auf den Tisch legen, er wird einige andere Regelmechanismen wegtun und

zum Schluss ist herausgekommen, dass insgesamt die Städte weder die 189 Millionen zu tragen haben, sondern dass es insgesamt ein Plus gegeben hat für die Städte von 19,5 Millionen Euro. Ich sage noch einmal, bei dem, was wir verloren haben, ist das ein Trostpflaster, mehr aber nicht und diese 19,5 Millionen werden jetzt zwischen den Städten ab 10.000 Einwohner, also zwischen den Landeshauptstädten, aber auch zwischen den Statutarstädten aufgeteilt werden. Die Stadt Graz wird aus diesem Finanzausgleich in etwa hier nur 2 Millionen Euro erhalten, wir haben aber weiterhin mitzutragen die Steuerreformlast, wo der Herr Finanzminister nach wie vor davon ausgeht, dass durch Konjunkturprognosen und Steigerungsraten uns das ausgeglichen wird. Ich glaube es bis zum heutigen Tag nicht, ich sage es ganz bewusst, die Konjunktur ist nicht in dem Ausmaß angewachsen, aber man kann natürlich auch Konjunkturen ganz schwer voraussagen und planen. Last but not least musste ich als ein Mitglied des Städtebundes, der auch eine Gesamtverantwortung in der Funktion für alle österreichischen Städte hat, diesem Kompromiss zustimmen, wenn auch aus der Stadt Graz dies nicht erfreulich ist. Dieser insgesamt Entwurf hat auch noch beinhaltet, dass die Gemeinden, die Städte und die Länder auch in Hinkunft den Stabilitätspakt zu erfüllen haben, hier wurde den Ländern allerdings das Recht eingeräumt, ihr Stabilitätsdefizit, falls sie eines haben, mit Gemeinden, wenn sie positiv sind, auch ausgleichen, ob Gemeinde oder Städte. Nach Rücksprache mit dem Herrn Finanzstadtrat schaut es zumindest so aus, dass wir auf Grund einiger bilanztechnischer Maßnahmen unseren Stabilitätspakt besser erfüllen können als noch vor zwei Jahren. Insgesamt ändert es nichts an der Tatsache, dass wir ein Manko haben in unserer Gesamtsituation von ungefähr 100 Millionen Euro. Das ist vielleicht einmal der Bericht, die gesonderte Dotierung städtischer Aufgaben und die zentralörtlichen Aufgaben wurden zwischen Gemeindebund, Städtebund und den Ländern solange wieder zerredet, dass wir keinen neuen Ansatz haben. Diese zusätzlichen 20 Millionen werden quasi definiert als eine Unterstützung der Städte für den Bereich des öffentlichen Nahverkehrs und der zentralörtlichen Aufgaben. Aber wie gesagt, einen genauen Bericht, also einen Entwurf gibt es jetzt und den Entwurf werde ich allen Klubs zukommen lassen (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Auch ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, um kurz etwas zu dem Ergebnis der Finanzausgleichsverhandlungen zu sagen. Es liegt ja, wie der Herr Bürgermeister richtig gesagt hat, seit kurzem auch ein Gesetzesentwurf, der Finanzausgleich hat ja Gesetzesrang, vor, der im Moment in der Finanzdirektion überprüft wird. Ich muss sagen, dass das Ergebnis des Finanzausgleichs insgesamt wohl unter dem Licht zu sehen, das der Herr Bürgermeister schon geschildert hat, nämlich, dass aus einer sehr, sehr defensiven Position heraus ein relativ gutes Ergebnis herausverhandelt werden konnte, das im Prinzip bedeutet, dass sich die Situation für die Städte nicht wesentlich verschlechtert hat und zwar nicht wesentlich verschlechtert hat zum Status des Jahres 2004. Wir haben allerdings eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Status vor der Steuerreform zu verkräften. Wir verlieren durch die Steuerreform des Jahres 2003 für das Jahr 2005 15,6 Millionen Euro und bekommen mit ein bisschen Glück zwei Millionen davon wieder zurück. Von einer Sanierung der besonderen Belastung der Städte kann erst recht überhaupt keine Rede sein, weil wir haben eine Reihe von Belastungen in den Jahren davor schon zu tragen gehabt, die die Situation maßgeblich verschlechtert haben. Wenn ich jetzt davon ausgehe, dass eine aufgabengerechte Ressourcenverteilung durch diesen Finanzausgleich dezidiert nicht zustande kommt, muss ich sagen, dass der Finanzausgleich aus Sicht der Stadt Graz nicht akzeptabel ist, nicht akzeptabel ist, weil es bedeutet, dieses noch abzuschließende Paktum, dass wir für die Erfüllung unserer Aufgaben, die notwendigen Finanzmittel nicht bekommen. Und meine große Sorge ist es jetzt, dass folgend der ständigen Rechtssprechung des Verfassungsgerichtshofes unter der Voraussetzung, dass wir auch zustimmen, nicht einmal mehr die Möglichkeit bleibt, vor dem Verfassungsgerichtshof diesen ungerechten Umstand und aus meiner Sicht eklatant verfassungswidrigen Umstand zu überprüfen. Das würde bedeuten, dass auch die Pläne, die wir hatten zur Sanierung des Budgets, weiter unter Druck geraten, weil wenn uns die Gebietskörperschaften Bund und Land nicht entgegenkommen, entweder durch eine Entlastung auf Gesetzeseite oder durch eine bessere Dotierung auf der Einnahmenseite, dann heißt es, dass den Rest wieder wir zu tragen haben und das heißt, dass die Aufgabenkritik in diesem Ausmaß auch zu verschärfen ist. Und das bedeutet, dass in Wirklichkeit der Druck vom Bund wieder an die Gemeinden hinuntergeschoben wird und wenn ich jetzt von einem neuen Stabilitätspakt höre, dann muss ich schon sagen, das entbehrt nicht einer gewissen

Skurrilität, wenn man weiß, dass die einzige Gebietskörperschaft, die den Stabilitätspakt nicht einhält, der Bund ist. Es stellt sich schon die Frage, warum dann die Gemeinden ihren Beitrag weiterhin leisten sollen. Und ich möchte auf noch etwas hinweisen, wir haben nach der Hochrechnung für das Jahr 2004 im heurigen Jahr, anders als berechnet und anders als vorhergesagt, niedrigere Einnahmen als im Jahr 2003. Wir bewegen uns auf den Einnahmenstatus des Jahres 1999 zu und zwar nicht inflationsbereinigt und nicht in Anbetracht des Umstandes, dass wir selbstverständlich steigende Kosten aus dem Personalbereich, aus dem Sozialbereich, aus allen wesentlichen gesetzlich verpflichtenden Ausgabenbereichen der Gemeinde im eigenen und übertragenen Wirkungsbereich zu verkraften haben. Ich würde mich nur interessieren, ob der gleiche Geräuschpegel im Gemeinderatssitzungssaal auch wieder vorherrscht, wenn wir das Budget zu beschließen haben und ich dann wieder hören werde, warum man das und dieses und jenes nicht tun darf und nicht tun soll, wenn es mit dem Geld nicht mehr ausgeht, meine Damen und Herren (*Applaus SPÖ*). Das ist eine absolut ernste Situation für die Gemeinden, die uns an den Rand der Existenzmöglichkeit drängt und ich plädiere an dieser Stelle daher dafür, dass trotz dieser unglaublichen Bemühungen und des sehr, sehr schwer nur zu erringenden Verhandlungsergebnisses wir uns eine Zustimmung sehr genau überlegen müssen, wenn sie gleichzeitig bedeutet, dass wir nicht einmal mehr die Möglichkeit haben, diese ungerechte Finanzmittelaufteilung vor dem Verfassungsgerichtshof überprüfen lassen zu können. Ich möchte nur noch einmal, um das zu dokumentieren, darauf hinweisen, dass wir pro Kopf in der Stadt Graz um mehr als 100 Euro weniger Ertragsanteile erhalten als der Durchschnitt von Salzburg, Innsbruck und Linz. Jede dieser Städte erhält erheblich mehr und wenn wir nur diesen Betrag hätten, den andere Städte in Österreich bekommen, und ich weise noch darauf hin, selbstverständlich sind wir die größte Stadt in Österreich, die nicht gleichzeitig über den Landesfinanzausgleich ihre Mittel bekommt, dann ist es schlicht und einfach nicht mehr sachgerecht und daher haben wir darum zu kämpfen, dass wir die Mittel bekommen für die Grazer Bevölkerung, die ihr zusteht. Dann brauchen wir vielleicht nicht mehr drüber zu diskutieren, welche schmerzhaften Maßnahmen, ganz gleich in welchem Ressort sie angeordnet oder zugeordnet sind, im Gemeinderat und in der Stadtregierung vertreten müssen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker:** Nur noch ganz kurz möchte ich noch einmal eine Frage stellen, inwieweit in Richtung Aufgabenorientierung, weil der nächste Finanzausgleich wird ja wieder verhandelt in vier Jahren, und inwieweit andere Strategien notwendig sein werden, auch auf Städtebundebene, um in diesem Bereich eine stärkere Verhandlungsposition zu erlangen und wie man das so einschätzen, wie man das auch jetzt anziehen muss und ich denke, dass da Graz eine wichtige Rolle haben wird. Die Frage ist, ob in diese Richtung auch schon nachgedacht wird?

Bgm. Mag. **Nagl:** Kurze Antwort darauf. Es ist uns nämlich vorgeworfen worden, sowohl dem Gemeindebund als auch dem Städtebund von Bundesseite, dagegen habe ich mich ordentlich verwehrt, dass der Städtebund in den letzten vier Jahren quasi nichts dazugelernt hat und schon wieder in so einer defensiven Position war und wieso wir gerade nicht diesen Punkt der zentralörtlichen Aufgaben Vorschläge gemacht haben. Es gibt insgesamt drei Studien, die erstellt worden sind, der Städtebund hat da seiner Aufgabe gemacht, es ist nur leider so, dass in der Demokratie bei Verhandlungen, wenn alle anderen sagen, wir reden nicht weiter drüber über diesen Vorschlag, du wieder in der defensiven Position bist. Ich sage noch einmal dazu, die Problematik bei diesen Verhandlungen war, dass es einigen Städten Österreichs nicht schlecht geht, sondern sogar gut geht und die Gesamtentscheidung, die fällt, die wird nur aus unseren Vertretungen heraus beschlossen, das ist die Geschäftsleitung und das ist der Hauptausschuss des Städtebundes. Wenn dort eine Mehrheit fällt für diesen Finanzausgleich und das hat sie dort getan, dann ist der Finanzausgleich auf Städteseite schon beschlossen, wie wohl wir enorme Probleme haben. Der Kollege Riedler hat von Klagswege gesprochen, auch der muss immer wieder im Hinterkopf bei uns bleiben, aber wir werden unsere Bemühungen in Richtung Wien natürlich weiter verstärken, weil diese Ungerechtigkeit, wenn man sie uns auch ausgleichen wollte über den Finanzausgleich, so gar nicht gelaufen wäre, weil man hätte wahrscheinlich ein paar Millionen Euro drauflegen müssen, um bei den derzeitigen Schlüsseln für uns diese Summe zu lukrieren. Das heißt, wir haben durchaus in Richtung zentralörtliche Aufgaben in Richtung Nahverkehr einiges schon bei den Ministerialräten und beim Herrn Finanzminister deponiert und werden im Jänner gleich wieder die

Verhandlungen mit dem Bund aufnehmen zur Sonderfinanzierungen für die Landeshauptstadt Graz.

5) Hauptplatzstand

GR. Mag. **Candussi** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Bürgermeister! Kein Ende nehmen die Spekulationen und gegensätzlichen Meinungen zu den nach wie vor sagenumwobenen, und wenn man das überhaupt noch so sagen kann, „neuen“ Hauptplatzständen. Nach zwei Jahren der Ankündigungen, des Wartens, des Hoffens, des Befürchtens, des Streitens (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), des Konstruierens und Reparierens halten wir es für höchst an der Zeit, das Objekt der Begierde der Öffentlichkeit zu präsentieren, damit sich auch wirklich alle Betroffenen ein aussagekräftiges Bild von den umstrittenen Ständen machen können. Den Prototypen gibt es. Eine erste Inbetriebnahme desselben über die Weihnachtszeit am Hauptplatz würde eine Meinungsbildung auf allen Seiten vorantreiben und dem unendlich scheinenden Konflikt zwischen der Stadt Graz und den MarktbeschickerInnen womöglich ein baldiges Ende bereiten und ich sage jetzt dazu, es würde auch die Situation für uns verbessern, weil wir sind momentan die, zu denen auf der einen Seite die Standler kommen und sagen, so wie es geplant ist, funktioniert es nicht, oder einige Standler kommen und sagen, so wie es geplant ist, funktioniert es nicht und ist zu teuer und das können wir glauben oder nicht und auf der anderen Seite hören wir aus der Stadtbaudirektion, das ist alles falsch, es würde funktionieren. Nur Faktum ist, jetzt warten wir seit zwei Jahren auf diese Standeln und können erst dann entscheiden, wenn wir sehen, ob es funktioniert.

Und genau aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür zu engagieren, dass der Prototyp des sagenumwobenen „neuen“ Hauptplatzstandes in der Weihnachtszeit auf dem Hauptplatz für einen Probetrieb installiert wird, damit sich die Bürgerinnen und Bürger, die Mitglieder der Gemeinderates sowie die betroffenen StandbetreiberInnen endlich ein aussagekräftiges Bild von dem umstrittenen Objekt machen können?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat! Das wird von mir selbstverständlich unterstützt werden. Meine Bitte geht da nicht nur ans Christkind, sondern an alle jene Verantwortliche, die hier bei der Arbeit sind. Stände sollen, so ich gehört habe, jetzt schon fertig sein, sie sollen jetzt eingerichtet werden, ich bin selbst überrascht oder angenehm überrascht, wenn der erste Wagen dann wirklich auf den Hauptplatz kommt. Es laufen natürlich immer wieder Marktstandbetreiber in alle politischen Büros und auch zur Verwaltung und sagen, ist schon in Ordnung, wir wären dabei, nur müsst ihr uns einmal erst davon überzeugen, dass das Produkt, das wir hier kaufen sollen zum Preis X, da gibt es zehn Verträge, privatrechtliche, die halten, aber drei oder vier sind ja nach wie vor nicht dabei, und selbst die, die dabei sind, zweifeln, und sagen, na vielleicht gibt es doch eine schnellere und billigere Möglichkeit. Ich würde mir wünschen, dass dieses Modell herkommt. Ich habe es auch immer allen Beamten und Mitarbeitern gesagt, die bei mir waren, es ist so lange der Standbetreiber im Recht, solange ich ihm nicht beweisen kann, dass das, was wir von der Stadt von ihm gefordert haben, auch Wirklichkeit wird. Die Lösung liegt sicherlich darin, dass diese ersten Wagen dann hier herkommen, dass man sie sich anschauen kann und dass man dann vergleichen kann. Ich weiß vom Herrn Baudirektor, der verglichen hat auch mit italienischen Produkten, dass die zwar billiger sind in der Grundausstattung, dass diese aber auch nicht den Anforderungen entsprechen, die wir vorgegeben haben. Mehr kann ich momentan dazu nicht sagen, ich wünsche mir auch, dass das erste Modell da steht, dass wir es gemeinsam anschauen können und dann gemeinsam auch mit den Marktstandbetreibern endlich zu einer Lösung kommen. Es ist aus meiner Sicht ein trauriges Schauspiel, das wir da seit fast drei oder vier Jahren schon bieten und ich hoffe, dass das jetzt im November in deinem Sinne auch erledigt werden kann (*Applaus ÖVP*).